



Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland

Almanya Türk Veli Dernekleri Federasyonu



Confederación de Asociaciones
Españolas de Padres de Familia en la R.F.
de Alemania

Bund der Spanischen Elternvereine in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

Gemeinsames Positionspapier der bundesweit tätigen Elternverbände BVRE, Confederación und FÖTED

Berlin, Köln, Bonn

Dezember 2015

Präambel

Die aktuelle Einwanderung wird Deutschland nachhaltig ändern. Es geht nicht mehr um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, sondern wie der Prozess der Einwanderung, Eingliederung und Partizipation geregelt werden kann. Für eine erfolgreiche Umsetzung sind die Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen, so auch der schon hier lebenden Migrant/innen und deren Organisationen unerlässlich. Hierbei kommt der Bildung und Erziehung eine besondere Stellung zu, da hier schon frühzeitig wichtige Weichen für das spätere Zusammenleben gestellt werden. Elternverbände der verschiedenen Migrant-Communities spielen dabei – wie in der Vergangenheit schon - eine besondere Rolle.

Die in den 1970er Jahren mit den spanischen Elternvereinen begonnene aktive Einmischung in die Bildungspolitik haben seit Mitte der 1980er Jahre die türkischen Elternvereine und seit Anfang der 2000er Jahre der russischsprachigen Elternvereine aufgenommen und weitergeführt. Als ein Bestandteil dieser Gesellschaft, vereint sie der Gedanke, einen wirksamen Beitrag für den Bildungserfolg und die Chancengleichheit ihrer Kinder leisten zu wollen und zu können.

Um ihre Arbeiten angesichts der neuen Herausforderungen wirksamer als bisher durchzuführen benötigen die drei Elternverbände endlich einen zentralen Ansprechpartner auf Bundesebene.

Sie erwarten daher von der Bundespolitik

- ein allein zuständiges Ressort für Eltern innerhalb eines Ministeriums (vorzugsweise innerhalb des Familienministeriums)

Die drei Elternverbände sehen derzeit vier zentrale Herausforderungen, an deren

Lösung sie sich aktiv beteiligen.

1. Verhinderung von Diskriminierung im Bildungssystem

Die Verbände sind sich einig in ihrer Forderung nach einem nicht ausgrenzenden Bildungssystem. Viel zu lange wurde das mehrgliedrige Schulsystem dazu genutzt, gerade Kinder aus sozial schwachen Familien zu benachteiligen. So bekommen z. B. insbesondere Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte signifikant seltener eine Schulempfehlung in die weiterführende Schulen, sie sind in diesen Schulen unterrepräsentiert und überdurchschnittlich viele von ihnen beenden die Schule ohne Schulabschluss. Dies führte zu spürbaren Bildungsbeeinträchtigungen und hohen sozialen Kosten.

Nach dem Schock bedingt durch die verschiedenen nationalen und internationalen Bildungsberichte ist in den letzten Jahren Bewegung in die deutschen Bildungsinstitutionen gekommen. Der Trend in den Bundesländern geht weg vom diskriminierenden und aussortierenden mehrgliedrigen in Richtung eines gerechteren Bildungssystems.

Wir Elternverbände unterstützen alle Bestrebungen, welche die Chancengleichheit junger Menschen im Bildungsbereich zum Ziel haben. Außerdem ist ein Perspektivwechsel sehr wichtig. Vielfalt muss endlich als Normalität und Potenzial zugleich wahrgenommen werden.

Die Elternverbände fordern von der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene:

- Entkopplung von sozialer Herkunft und Schul-/Bildungserfolg
- Anpassung der Mehrgliedrigkeit hin zu einer längeren gemeinsamen Bildung (umfassende Inklusion)
- verstärkte und gezielte Förderung von in Deutschland aufgewachsenen Menschen mit Migrationshintergrund, um sie für Lehr- und Erziehungsberufe zu gewinnen
- Erhöhung der Anzahl an Lehrkräften mit Migrationshintergrund
- Stärkung der interkulturellen und Diversitykompetenzen der Lehrkräfte während der Ausbildung
- Erleichterte Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse
- Ergänzung der Multiperspektivität von Lerninhalten und Unterrichtsmaterialien
- Schulunabhängige Anlaufstellen für SchülerInnen und Eltern für eine bedürfnisorientierte Beratung
- Einrichtung einer unabhängigen Schiedsstelle für Fälle von Diskriminierungen

2. Selbsthilfe in der Zusammenarbeit mit Eltern stärken

Das Grundgesetz (Artikel 6.2) sieht die Pflege und Erziehung der Kinder als das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern. Daraus erwächst für die Eltern eine große Verantwortung in allen Lebensbereichen, insbesondere im (Schul-)Bildungssystem, das die Mitwirkung der Eltern ausdrücklich vorsieht. Das Bildungssystem, inklusive der vorhandenen Unterstützungssysteme im Kinder- und Jugendbereich ist teilweise sehr kompliziert. Dies wird durch den föderativen Aufbau (16 Bundesländer mit eigenen Jugendhilfe- und Schulgesetzen) noch verstärkt. Viele Eltern mit Migrationshintergrund sind nicht nur mit der Komplexität dieser Systeme, sondern auch mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert. Eltern brauchen deshalb verlässliche Partner wie Migrantenelementenverbände, die sie bei Erziehungs- und Bildungsfragen wirkungsvoll unterstützen.

Die Elternverbände fordern von der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene:

- Unabhängige Ansprechpartner vor Ort für Beratung, Information und Interessenvertretung von Eltern (Elternbeauftragte)
- Selbstbefähigung (Empowerment) der Eltern durch verbindliche Informationsvermittlung über das (Schul-)Bildungssystem und Qualifizierungsangebote zur Selbsthilfe
- Anerkennung von Migrantenelementenorganisationen als Kooperationsbrücke zwischen Eltern und Schulen

3. Mehrsprachigkeit als Potenzial – Förderung der Mutter- und Mehrsprachigkeit von Beginn an

Deutschland wird kulturell und damit auch sprachlich immer vielfältiger. Die Zahl der Familien, in denen neben Deutsch mindestens noch eine weitere Sprache gesprochen wird, nimmt durch die demographische Entwicklung ebenso zu wie durch Einwanderung ausländischer Fachkräfte, durch Flüchtlinge, durch Auslandsaufenthalte oder den Fremdsprachenunterricht.

Eine gelungene Mehrsprachigkeit hat positive Auswirkungen etwa auf die kognitive Entwicklung, die Festigung der eigenen Identität, das Selbstbewusstsein und die Entwicklung der eigenen Bildungsbiografie. Mehrsprachigkeit ist eine Schlüsselkompetenz, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen wie der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsmarktmobilität. Vielmehr lassen sich mit Sprachkenntnissen Brücken zwischen Menschen und Kulturen bauen. Mehrsprachigkeit eröffnet so Chancen für die Gesellschaft als Ganzes und für die in ihr lebenden Menschen.

Den Bildungsinstitutionen vom Kindergarten bis zu den weiterführenden Schulen kommt bei der Entwicklung der Mehrsprachigkeit eine entscheidende Rolle zu. Aber auch für Eltern ist die Klärung der Frage: "Welche Sprache spreche ich mit meinem Kind?" von zentraler Bedeutung.

Mehrsprachigkeit in Bildungsinstitutionen bedeutet, dass das Lernziel für alle Schülerinnen und Schüler ist, Deutsch als Bildungssprache zu beherrschen. Zur

Unterstützung der Mehrsprachigkeit gehört darüber hinaus die verbindliche zeitlich und inhaltlich abgestimmte Förderung der natürlichen Sprachressourcen (Herkunftssprachen) durch alle Bildungsinstitutionen. Es gibt in diesem Zusammenhang bereits eine Vielzahl von Beschlüssen, wie z.B. der KMK Beschluss vom 05.12.2013, die es in verbindliche Regeln zu übersetzen gilt. Es gibt kein Erkenntnisdefizit zur Förderung von Mehrsprachigkeit, sondern ein großes Anerkennungs- und Umsetzungsdefizit seitens der Mehrheitsgesellschaft.

Unsere Forderungen im Einzelnen sind:

- Information und Beratung der Eltern über die Bedeutung des Erlernens der Mutter- bzw. Herkunftssprachigkeit
- Verbindliche und aussagekräftige Tests zur Sprachstandsfeststellung, unter Einbindung der der Muttersprachen, vor der Einschulung mit anschließendem Förderkonzept
- Durchgängige, gezielte und unterrichtsbegleitende Sprachförderung im Deutschen in allen Schulformen
- Individuelle Unterstützungsmaßnahmen für SchülerInnen mit besonderem Sprachförderbedarf
- Frühzeitige Förderung, beginnend im der KiTa, der mehrsprachigen Kompetenzen aller SchülerInnen durch Unterrichtsangebote und unterrichtsbegleitende Aktivitäten in den Herkunftssprachen.
- Bundesweite Unterrichtung und Anerkennung weiterer Fremdsprachen (z.B. Türkisch, Arabisch, Russisch) an weiterführenden Schulen und deren Zulassung als Abiturfach. Öffnung dieser Angebote auch für Nicht-Muttersprachler_innen.
- Gezielte Ausbildung und Einstellung von mehrsprachigen ErzieherInnen und Lehrkräften

Die Dachverbände der Migrantenselbstorganisationen sehen ihre Aufgabe darin, ihre Mitglieder und die Eltern zu informieren und zu stärken hinsichtlich

- der Möglichkeiten, die Sprachentwicklung ihrer Kinder in der Familie zu fördern
- der Bedeutung der Mutter- bzw. Herkunftssprachen
- der Bedeutung eines möglichst frühzeitigen Kindergartenbesuchs für den Erwerb der deutschen Sprache
- der Sprachförderangebote im Schulsystem, damit die Eltern bei Bedarf diese einfordern können

Auf diese Weise stärken die Migrantenselbstorganisationen die Erziehungskompetenz der Eltern, so dass sie selbstbewusst und sicher ihre Kinder erziehen und deren Interessen vertreten können.

4. Unterstützung der gesellschaftlichen Partizipation von Neuzuwanderern

Als ein verantwortlicher Teil der Gesamtgesellschaft wenden sich die drei Elternverbände auch aktuellen Aufgaben zu. Ausgehend von den neuen

Migrationsbewegungen in Europa und den aktuellen, aus unterschiedlichen Krisen- und Kriegsregionen nach Deutschland kommenden Menschen leisten die drei Verbände mit ihren Mitgliedsvereinen in den Bundesländern erste praktische Hilfe für Menschen, die nach Deutschland kommen.

Neben diesen akuten Hilfsmaßnahmen muss so schnell wie möglich eine Aufnahme der Kinder und Jugendlichen in das Bildungs- und Ausbildungssystem erfolgen. Dabei dürfen die Fehler von früher nicht wiederholt werden, als Kinder und Jugendliche über einen längeren Zeitraum aus dem allgemeinen Bildungssystem herausgehalten und ihnen keine dauerhafte Bleibeperspektive vermittelt wurden.

Für die Lösung dieser Aufgaben stellen sich die Elternverbände als die natürlichen Partner zur Verfügung. Seit vielen Jahren informieren, beraten und begleiten sie neu zugewanderte Eltern, damit deren Kinder so schnell wie möglich in das Bildungssystem integriert werden und dort erfolgreich Abschlüsse erwerben. Mit dem Wissen um die eigenen früheren Schwierigkeiten entwickeln Migrantorganisationen besonders lebensweltnahe Instrumente, Einstellungen und Sichtweisen bei ihrer Arbeit für Neuzuwandernde. Migrantorganisationen verfügen daher mittlerweile über gewachsene und besonders wirksame Ressourcen bei der Bewältigung vieler der anstehenden Partizipationsaufgaben.

Die Elternverbände fordern von der Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene:

- Eine stärkere Förderung der Eingliederungs- und Bildungsarbeit von Migrantorganisationen in den Kommunen. Sie müssen spätestens jetzt überall in bestehende Netzwerke vor Ort eingebunden werden, um Kräfte zu bündeln und Synergien zu nutzen.
- Einen verstärkten Einsatz von Migrantorganisationen als natürliche und interkulturell kompetente Partner und Paten für Familien und Jugendliche im Bildungssystem und beim Übergang in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- Den Einsatz von Migrantorganisationen um Neuzuwanderer schnell, direkt und glaubwürdig zu informieren und ihnen gangbare Wege in das hiesige Bildungs- und Ausbildungssystem aufzuzeigen.
- Einen breiten Einsatz von Migrantorganisationen, um die Selbsthilferessourcen der Neuzuwanderer zu mobilisieren, analog dem erfolgreichen Vorbild vieler hiesiger Migrantenselbstorganisationen.
- Den Einsatz von Migrantorganisationen, um die Erziehungs- und Handlungskompetenzen von Eltern zu erweitern und an die hiesigen Verhältnisse anzupassen.
- Eine Unterstützung der Migrantorganisationen bei ihrer interkulturellen Öffnung und Neuausrichtung auf die neuen Zuwanderungsgruppen durch eine gezielte Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen und Stärkung ihrer Organisationen.